

ANTRAG

Antragsteller*in: Julian Pfurtscheller, Rafael Fiechter, Felix Rovagnati, Aleyna Dasdemir, Georg Satzinger, Florian Luxner

Tagesordnungspunkt: 13.b Leitantrag des Landesvorstands

A1: Mehr Zukunft wagen - mit einer offenen Euregio

Antragstext

1 Einleitung

2 Die Europaregion Tirol–Südtirol–Trentino ist ein grenzüberschreitender
3 Zusammenschluss, der den historischen Landesteil Tirol wieder näher
4 zusammenführen soll. Erklärtes Ziel dieser Europaregion ist es, Zusammenarbeit
5 und Zusammenhalt über die heutigen Staatsgrenzen hinweg zu stärken. Aus
6 liberaler Sicht heißt das vor allem, dass der Staat jene Rahmenbedingungen
7 schafft, die Austausch, Mobilität und Digitalisierung ermöglichen – ohne dabei
8 identitätspolitische Vorgaben zu machen. Freiheit, Offenheit und Eigeninitiative
9 statt staatlichem Erziehungsauftrag sind die Leitprinzipien, an denen wir uns
10 orientieren. Die Europaregion soll genau diesen offenen Rahmen bieten und
11 Menschen dazu befähigen, grenzüberschreitend zusammenzuarbeiten. Seit Jahren
12 bemühen sich die beteiligten Länder und Institutionen mit zahlreichen Projekten,
13 die Lebensqualität der Bürger*innen zu verbessern, den europäischen
14 Integrationsprozess voranzutreiben und Grenzen – auch in den Köpfen der Menschen
15 – abzubauen. Diese Bemühungen zeigen Erfolge, doch treten ihnen nach wie vor
16 nationalistische Strömungen entgegen, die auf Abgrenzung statt Miteinander
17 setzen. Solche rückwärtsgewandten Tendenzen gefährden den europäischen Gedanken
18 und die positiven Errungenschaften der grenzüberschreitenden Kooperation. Wir
19 Junge JUNOS stellen uns entschieden gegen jeden Nationalismus in dieser Frage.
20 Unsere Vision ist eine offene, vernetzte Europaregion, in der Zusammenarbeit
21 wichtiger ist als Herkunft, und in der junge Menschen mit kritischer
22 Selbstreflexion statt mit Vorurteilen gemeinsam ihre Zukunft gestalten. Um
23 dieses Ziel zu erreichen, müssen wir konkrete Schritte in verschiedenen
24 Bereichen setzen – von Mobilität über Jugendaustausch bis zur institutionellen
25 Kooperation.

26 Nationalismus überwinden: Zusammenarbeit statt Abgrenzung

Nationalistische Parolen und Denkweisen haben in einer modernen, rechtsstaatlich fundierten Europaregion keinen Platz. Historisch wurde Tirol durch nationalen Zwist getrennt, doch heute bietet die Europaregion die Chance, diese Trennung ohne Verschiebung von Grenzen zu überwinden. Anstatt alten Territorialansprüchen oder Heimat-Mythen nachzuhängen, gilt es, eine gemeinsame Zukunftsperspektive zu entwickeln. Nationalismus basiert oft auf Abgrenzung und dem Ausschluss anderer – im Kontrast dazu betonen wir die Einheit in Vielfalt. In Tirol, Südtirol und dem Trentino leben deutsche, italienische, ladinische (und weitere) Sprachgruppen zusammen. Diese Vielfalt ist ein Reichtum, kein Konflikt. Eine liberale Handschrift bedeutet hier: Weltoffenheit, Toleranz und individuelle Freiheit statt engen nationalen Schubladen. Wir wollen die gemeinsame Tiroler Geschichte und Kultur würdigen, ohne in überholtes Nationalstaat-Denken zu verharren. Die Europaregion kann nur gedeihen, wenn alle Gruppen auf Augenhöhe respektiert werden und Mehrfachidentitäten möglich sind – man kann zugleich Nord- oder Südtirolerin und Europäerin sein, ohne Widerspruch. Um nationalistischer Stimmungsmache den Nährboden zu entziehen, müssen wir Austausch und Dialog forcieren, damit Vorurteile gar nicht erst entstehen. Schulen und Medien sollen die gemeinsame Geschichte des historischen Tirol vermitteln, aber immer mit dem Blick auf eine europäische Zukunft. Wichtig ist uns auch, klarzustellen, dass Probleme der Region durch Kooperation zu lösen sind – nicht durch das Aufziehen neuer Grenzen. Nationalismus bietet keine Lösungen für Verkehrsstaus, Klimaschutz oder Arbeitsmarktfragen in unserer Alpenregion; grenzüberschreitende Zusammenarbeit hingegen schon. Daher braucht es ein deutliches Bekenntnis aller politischen Akteure gegen Nationalismus und für die Europaregion.

Forderungen: Wir fordern in Bezug auf das Überwinden nationalistischer Tendenzen:

- Klare Absage an Nationalismus: Die zuständigen politischen Gremien in Tirol, Südtirol und Trentino sollen offiziell bekräftigen, dass nationalistisches Gedankengut im Zusammenhang mit der Europaregion abgelehnt wird. Anstatt separatistischer oder chauvinistischer Forderungen stellen wir das Miteinander in den Vordergrund.
- Gemeinsame Geschichts- und Kulturvermittlung: In Schulen, öffentlichen Einrichtungen sowie in Projekten privater Organisationen aller Landesteile soll verstärkt die gemeinsame Geschichte Tirols und die Vorteile der Europäischen Integration vermittelt werden. Bildungsprojekte sollen zeigen, dass die Region historisch zusammengehört und heute im vereinten Europa ohne Grenzzäune wieder zusammenwachsen kann. Wichtig ist dabei eine pluralistische und kritische Auseinandersetzung mit Geschichte und

66 Gegenwart – nicht bloß eine einseitige Wissensvermittlung. Unser Ziel ist
67 es, dass junge Menschen zu mündigen Bürger:innen werden, die durch
68 kritisches Denken selbst hinterfragen können, statt vorgefertigte
69 Narrative einfach zu übernehmen. Solche Inhalte können im Unterricht z.B.
70 im Rahmen von Europatagen oder Austauschprojekten behandelt werden, um ein
71 Verständnis für die Einheit in Vielfalt zu fördern.

- 72 • Mehrsprachigkeit statt Monokultur: Nationalismus gedeiht dort, wo
73 Sprachbarrieren und Unkenntnis über die Nachbarn existieren. Wir fordern
74 daher die aktive Förderung der Mehrsprachigkeit – alle drei Landessprachen
75 Deutsch, Italienisch und Ladinisch verdienen Wertschätzung. Dabei geht es
76 uns um Möglichkeiten, nicht um Zwang: Mehrsprachigkeit soll
77 niedrigschwellig erlernbar und zugleich attraktiv gemacht werden, etwa
78 durch moderne Lernangebote, kulturelle Formate oder praxisnahe
79 Austauschprogramme. Gemeinsame Sprachkurse, bilinguale Schulzweige und
80 kulturelle Veranstaltungen sollen unterstützt werden. Wenn Jugendliche die
81 Sprache und Kultur der jeweils anderen Landesteile kennenlernen, schrumpft
82 der Raum für Vorurteile und Ausgrenzung.

- 83 • Keine Förderung extremistischer Gruppen: Öffentliche Mittel der Region
84 dürfen keinesfalls an Vereine oder Organisationen fließen, die offen
85 nationalistisches oder separatistisches Gedankengut verbreiten. Maßstab
86 dafür muss die rechtsstaatliche Ordnung sein: Gefördert werden nur
87 Organisationen, die auf dem Boden von Demokratie, Menschenrechten und
88 europäischer Zusammenarbeit stehen. Stattdessen sollen europäisch gesinnte
89 Initiativen unterstützt werden, die Brücken bauen. Diese
90 Prioritätensetzung in der Finanzierungspolitik unterstreicht, dass unser
91 Fokus auf dem Verbindenden liegt.

- 92 • Dialogplattform gegen Nationalismus: Wir regen die Schaffung eines
93 trilateralen Forums für ein offenes Tirol an, in dem Vertreter:innen der
94 Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Jugend und Politik aus allen drei
95 Landesteilen regelmäßig zusammentreffen. In diesem Forum sollen Strategien
96 erarbeitet werden, wie man nationalistischer Propaganda sachlich begegnen
97 und die Bevölkerung für die Vorteile der Europaregion sensibilisieren
98 kann. Gleichzeitig muss gewährleistet sein, dass eine solche Plattform
99 nicht zu einem kostspieligen Symbolprojekt ohne Wirkung verkommt, wie dies
100 bei ähnlichen Formaten in der Vergangenheit teilweise der Fall war. Daher
101 soll das Forum mit einer klaren Sunset-Klausel ausgestattet werden und nur
102 dann verlängert werden, wenn sein konkreter Mehrwert für die Region

103 nachweisbar ist und im Dreier-Landtag ein mehrheitlicher Konsens darüber
104 besteht. Durch einen solchen kontinuierlichen, aber wirksam kontrollierten
105 Dialog können Missverständnisse abgebaut und ein gemeinsames Narrativ der
106 Offenheit gestärkt werden.

107 **Mobilität ausbauen: Grenzenlos unterwegs in der Region**

108 Mobilität ist der Schlüssel, um die geographisch getrennten Teile unserer Region
109 im Alltag zusammenzuwachsen zu lassen. Trotz offener Grenzen in der EU gibt es
110 noch praktische Hürden: unterschiedliche Tarifsysteme, begrenzte
111 grenzüberschreitende Verbindungen und teils mangelnde Abstimmung. Insbesondere
112 für junge Menschen, die oft kein Auto besitzen, muss der öffentliche Verkehr so
113 ausgebaut werden, dass sie jederzeit unkompliziert von Innsbruck über Bozen bis
114 Trient reisen können. Schon bisher wurden gute Schritte gesetzt – etwa das
115 Euregio2Plus-Ticket (ein vergünstigtes Tagesticket für Familien) und seit 2021
116 das Euregio-Ticket Students als Semester-/Jahresticket für Studierende in allen
117 drei Landesteilen. Diese Angebote zeigen, dass Kooperation in der Mobilität
118 möglich und gefragt ist. Allerdings sind sie noch nicht flächendeckend bekannt
119 und ausgereizt. Für Schüler*innen fehlt bislang ein vergleichbares Ticket, und
120 Nachtverbindungen sind Mangelware.

121 Um echte Bewegungsfreiheit zu schaffen, müssen neben öffentlichen
122 Verkehrsunternehmen auch private Anbieter – etwa Westbahn oder internationale
123 Busunternehmen – systematisch eingebunden werden. Infrastruktur, Fahrpläne und
124 Tarife sollen über die Europaregion gemeinsam geplant werden, um Bürokratie
125 abzubauen, Effizienz zu steigern und grenzüberschreitende Ausschreibungen sowie
126 Projekte aus einem Guss zu ermöglichen.

127 Wir möchten erreichen, dass kein Gefühl einer „Grenze“ mehr spürbar ist, wenn
128 man den Zug oder Bus benutzt – ein einheitlicher, nahtloser Verkehrsraum von
129 Kufstein bis Rovereto. Das bedeutet auch, Fahrpläne aufeinander abzustimmen,
130 Informationssysteme zu verbinden und moderne Infrastruktur gemeinsam
131 voranzubringen. Große Projekte wie der Brennerbasistunnel werden in einigen
132 Jahren die Reisezeiten massiv verkürzen und sind ein Beispiel dafür, wie
133 gemeinsame Investitionen der Länder Sinn ergeben. Bis dahin (und darüber hinaus)
134 müssen aber jetzt schon konkrete Verbesserungen spürbar werden. Aus liberaler
135 Sicht ist Mobilität auch Freiheit – die Freiheit, sich ohne Hindernisse zu
136 bewegen, Chancen wahrzunehmen, andere Orte kennenzulernen. Diese Freiheit wollen
137 wir allen jungen Tiroler:innen, Südtiroler:innen und Trentiner:innen
138 ermöglichen, unabhängig vom Geldbeutel. Mobilität muss leistbar sein, aber wir
139 erteilen jeglichen Gratisfantasien eine klare Absage, da diese zu einer
140 deutlichen Verschlechterung des ÖPNV führen würde. Gleichzeitig ist der Ausbau

141 öffentlicher Verkehrsmittel ökologisch sinnvoll und mindert den Autoverkehr im
142 sensiblen Alpenraum.

143 Finanzierbar sind diese Maßnahmen durch gemeinsame Fonds der Europaregion, eine
144 faire Kostenteilung zwischen den Regionen und die Nutzung von EU-Fördermitteln
145 (etwa im Rahmen von Interreg-Programmen für nachhaltige Mobilität).

146 Investitionen in grenzüberschreitenden ÖPNV zahlen sich langfristig aus –
147 wirtschaftlich durch mehr Austausch und Tourismus, ökologisch durch weniger
148 Emissionen und gesellschaftlich durch engeren Zusammenhalt.

149 **Forderungen: Für eine bessere Mobilität innerhalb der Europaregion fordern wir:**

- 150 • Euregio-Schülerticket einführen: Analog zum Studierendenticket soll ein
151 günstiges Euregio-Ticket für Schüler*innen geschaffen werden, das
152 grenzüberschreitende Fahrten ermöglicht. Idealerweise wird das bestehende
153 Schülerticket jedes Landesteils so erweitert, dass zumindest die
154 Hauptverbindungen in die jeweils anderen Landeshauptstädte ohne
155 Zusatzkosten genutzt werden können. Damit würden Jugendliche schon während
156 der Schulzeit praktische Euregio-Erfahrungen machen. Besonders wichtig ist
157 dabei eine einheitliche digitale Umsetzung: Entweder über eine gemeinsame
158 App oder über Tickets, die in allen bestehenden Verkehrs-Apps der drei
159 Landesteile problemlos funktionieren. So wird die Nutzung einfach, modern
160 und barrierefrei. Die drei Landesregierungen sollen hierzu zügig in
161 Verhandlungen treten und ein Finanzierungsmodell ausarbeiten, bei dem jede
162 Region einen Anteil übernimmt – sodass kein Land überproportional belastet
163 wird.
- 164 • Ausbau des Nacht- und Wochenendverkehrs: Wir fordern einen massiven Ausbau
165 von Nachtbussen und späten Zugverbindungen über den Brennerpass. Junge
166 Menschen sollen auch abends problemlos und sicher nach Hause kommen,
167 selbst wenn sie jenseits der heutigen Landesgrenze unterwegs waren.
168 Bestehende Nightliner-Angebote in Tirol müssen auf die Seitentäler
169 ausgeweitet werden, und ähnliche Nightlinien sollten in Südtirol und dem
170 Trentino geschaffen bzw. verknüpft werden. Wo jedoch nur geringe oder
171 schwankende Nachfrage besteht, sollen statt starrer Linien flexiblere
172 Lösungen wie On-Demand-Shuttles, Sammeltaxis oder Rufbusse eingesetzt
173 werden. Das erhöht die Verfügbarkeit, ohne Ressourcen in kaum genutzte
174 fixe Linien zu binden. Konkret könnte etwa eine regelmäßige Nachtzug- oder
175 Busverbindung zwischen Innsbruck und Bozen an Wochenenden eingerichtet
176 werden. Dabei sollen nicht nur staatliche Betreiber berücksichtigt werden
177 – auch private Anbieter wie die Westbahn oder grenzüberschreitende
178 Busunternehmen müssen aktiv eingebunden werden, um Wettbewerb, Qualität

179 und Effizienz zu steigern. Alle Ausweitungen sollen klar bedarfsorientiert
180 erfolgen: Verbindungen werden dort geschaffen, wo Nachfrage besteht oder
181 durch kluge Taktung entstehen kann, statt flächendeckend leere Busse durch
182 die Nacht zu schicken. Die Finanzierung solcher Verbindungen ließe sich
183 durch Umlenken bestehender Regionalmittel oder Kooperation mit
184 Eventveranstaltern (z.B. Nachtgastronomie) unterstützen – schließlich
185 profitieren Sicherheit und lokale Wirtschaft, wenn Nachtschwärmer
186 verlässlich heimkommen.

- 187 • Harmonisierung der Tarife und Information: Die drei Landesteile sollen
188 ihre Tarifsysteme und Fahrplaninformationen stärker vereinheitlichen.
189 Langfristig streben wir ein gemeinsames digitales Buchungs- und
190 Informationssystem für den gesamten öffentlichen Nahverkehr der
191 Europaregion an – idealerweise eine App oder Plattform, über die man
192 Tickets von jedem Ort zum anderen kaufen und Echtzeit-Infos zu
193 Verbindungen erhalten kann. Kurzfristig sind zumindest gegenseitige
194 Anerkennungen bestimmter Zeitkarten und eine gemeinsame Fahrplanauskunft
195 umzusetzen. Teile dieser Koordination bestehen bereits heute, und darauf
196 soll aufgebaut werden. Gleichzeitig muss darauf geachtet werden, dass
197 Harmonisierung nicht zu einer künstlichen Preisangleichung führt, die
198 bestehende nationale Tarifsysteme unterläuft. Unser Fokus liegt daher auf
199 mehr Preistransparenz, klaren Vergleichsmöglichkeiten und einem
200 attraktiveren, dichteren Angebot – sodass faire Preise durch Wettbewerb
201 und Qualität entstehen, nicht durch administratives Eingreifen. Diese
202 Maßnahmen erfordern primär koordinative Anstrengungen, kaum große
203 finanzielle Mittel, bringen aber erheblichen Nutzen für die Nutzer:innen.
- 204 • Infrastruktur gemeinsam planen: Großprojekte wie der Brennerbasistunnel
205 oder die Elektrifizierung von Bahnstrecken im Trentino betreffen die ganze
206 Region. Wir fordern eine engere Abstimmung bei
207 Verkehrsinfrastrukturprojekten – etwa durch eine ständige Arbeitsgruppe
208 der drei Landesregierungen für Verkehr & Mobilität. Diese Gruppe soll
209 sicherstellen, dass nationale Investitionspläne aufeinander abgestimmt
210 sind (z.B. Zubringerstrecken zum Brennertunnel, Radwegsnetze,
211 Ladestationen für E-Mobilität) und gemeinsam gegenüber Wien, Rom und
212 Brüssel vertreten werden. Durch eine abgestimmte Planung können
213 Doppelgleisigkeiten vermieden, Kosten gespart und Synergien genutzt
214 werden.
- 215 • Euregio-Mobilitätstage fortführen: Der erfolgreiche Euregio-Mobilitätstag

216 – an dem einmal jährlich die Öffis in der ganzen Region gratis nutzbar
217 waren – soll weiterentwickelt und verstetigt werden. Nachdem 2025 eine
218 Neukonzeption erarbeitet wird, erwarten wir ab 2026 eine Wiederaufnahme
219 dieses Projekts in attraktiver Form. Zusätzlich regen wir an, darüber
220 nachzudenken, ähnliche Aktionstage für Jugendliche (z.B. Jugend-
221 Mobilitätstag) durchzuführen, um speziell junge Leute anzusprechen und
222 ihnen Ausflüge in andere Landesteile schmackhaft zu machen. Die Kosten für
223 einen Gratistag sind überschaubar und wurden in der Vergangenheit von
224 allen drei Ländern gemeinsam getragen – eine sinnvolle Investition, die
225 das Gefühl der Zusammengehörigkeit fördert und umweltfreundliches Reisen
226 bewirbt.

227 **Jugendaustausch und Bildung: Miteinander lernen und wachsen**

228 Begegnungen zwischen jungen Menschen sind der wohl wichtigste Baustein, um
229 Vorurteile abzubauen und ein echtes Zusammengehörigkeitsgefühl in der
230 Europaregion zu schaffen. Derzeit haben viele Schülerinnen und Studierende aus
231 Nord-/Osttirol, Südtirol und dem Trentino trotz geographischer Nähe nur wenig
232 direkten Kontakt miteinander. Unterschiedliche Schulsysteme, Sprachbarrieren und
233 fehlende Gelegenheiten führen dazu, dass man übereinander oft nur aus Büchern
234 oder Medien lernt. Wir wollen diesen Zustand ändern: Nur durch echte Begegnungen
235 wächst Europa zusammen. Wenn Jugendliche die Chance erhalten, Zeit im jeweils
236 anderen Landesteil zu verbringen – sei es durch Schüleraustausch, gemeinsame
237 Projekte oder Praktika – dann entstehen Freundschaften und Verständigung
238 jenseits aller Klischees. Bereits in jungen Jahren soll die nächste Generation
239 erfahren, dass die Europaregion erlebbar ist und mehr als ein politisches
240 Konstrukt. Es gibt schon positive Ansätze: Schulpartnerschaften einzelner
241 Gymnasien, dreisprachige Schulen wie das Lyzeum in Bozen, die Euregio Summer
242 Camps, oder auch das neue Euregio-AuPair-Programm, das jungen Leuten
243 Auslandsaufenthalte in Familien der Nachbarregion ermöglicht. Solche Initiativen
244 gilt es auszubauen und bekannter zu machen. Zudem müssen strukturelle
245 Hindernisse abgebaut werden: Etwa Anerkennungsprobleme bei Schulabschlüssen oder
246 Praktika, mangelnde finanzielle Unterstützung für Austauschwillige oder schlicht
247 fehlende Informationen über Angebote. Jeder junge Mensch in Tirol, Südtirol und
248 Trentino sollte die Möglichkeit haben, während der Schullaufbahn an einem
249 Austausch teilzunehmen. Entscheidend ist dabei, Hürden abzubauen und attraktive,
250 leicht zugängliche Angebote zu schaffen. Das ist finanziell machbar, wenn man
251 z.B. Stipendien oder einen Euregio-Jugendfonds einrichtet, der Reisekosten
252 bezuschusst – idealerweise in enger Verzahnung mit bestehenden europäischen
253 Förderprogrammen wie Erasmus+ Schulbildung oder Interreg, um Doppelstrukturen zu
254 vermeiden und die Mittel effizient einzusetzen. Die Sinnhaftigkeit solcher
255 Ausgaben ist unbestreitbar: Jeder Euro, der in gemeinsame Jugendprojekte fließt,
256 ist eine Investition in dauerhaften Frieden und Zusammenhalt. Studien zeigen,

257 dass junge Menschen, die an Austauschprogrammen teilnehmen, toleranter und
258 offener werden und häufig auch später grenzüberschreitend zusammenarbeiten.
259 Wichtig ist dabei eine klare Wirkungskontrolle, damit Projekte nachweisbar
260 Mehrwert erzeugen und nur solche Formate langfristig weitergeführt werden, die
261 tatsächlich funktionieren. Die Europaregion sollte daher prioritär in ihre
262 Jugend investieren, um so ihre eigene Zukunft zu sichern – ob über eigene
263 Initiativen oder, wo möglich, durch kluge Nutzung der bereits gut ausgebauten
264 Erasmus-Strukturen.

265 **Um den Jugendaustausch und die Bildung über Grenzen hinweg zu fördern, fordern
266 wir:**

- 267 • Schüleraustauschprogramme ausbauen: Bestehende Schüler- und
268 Klassenpartnerschaften müssen quantitativ wie qualitativ erweitert werden.
269 Konkret soll es an mehr Schulen regelmäßige Austauschwochen oder -semester
270 geben, in denen Schüler:innen und Schüler eine Zeit lang in einer
271 Partnerschule im anderen Landesteil lernen können. Solche Programme dürfen
272 nicht auf den klassischen Sprach- oder Geschichtsunterricht beschränkt
273 bleiben, sondern sollten echte Aufenthalte in der Partnerregion
274 ermöglichen (z.B. ein- bis zweiwöchige Austauschfahrten). Dafür braucht es
275 Vereinbarungen zwischen den Schulbehörden der Länder, damit versäumter
276 Stoff angerechnet wird und bürokratische Hürden (Versicherung,
277 Aufsichtspflichten etc.) abgebaut werden.
- 278 • Mehrsprachigkeit und kulturelles Wissen fördern: Wir fordern eine
279 intensivere Förderung der Mehrsprachigkeit in der Jugend. Schüler:innen
280 aller Landesteile sollen die Möglichkeit bekommen, möglichst oft mit den
281 drei Landessprachen Deutsch, Italienisch und Ladinisch in Kontakt zu
282 kommen, wobei Mehrsprachigkeit aktiv attraktiv gemacht werden soll.
283 Gleichzeitig soll Digitalisierung gezielt genutzt werden, etwa durch
284 moderne Sprachlern-Apps, digitale Tandemprogramme oder virtuelle
285 Klassenzimmer, die den Zugang zu den Sprachen niedrigschwellig und
286 attraktiv machen. Das kann durch Sprachentandems (z.B. Südtiroler und
287 Trentiner Klassen treffen sich zum gemeinsamen Sprachunterricht), durch
288 Option auf Zusatzkurse in der Nachbarsprache oder durch Lehrlingsaustausch
289 passieren. Neben der Sprache soll auch Wissen über die jeweils andere
290 Kultur Teil der Bildung sein – beispielsweise durch Projekttage zu
291 Traditionen, gemeinsamen Geschichtsexposés oder digitale Austauschformate,
292 wenn physische Treffen nicht möglich sind.
- 293 • Grenzüberschreitende Praktika und Projekte: Junge Menschen sollen auch

294 außerhalb der Schule Möglichkeiten haben, die anderen Landesteile
295 kennenzulernen. Wir fordern daher mehr Praktikumsplätze und Jugendprojekte
296 über die Grenzen hinweg. Beispielsweise könnten Betriebe in Tirol vermehrt
297 Praktika für Südtiroler Berufsschüler anbieten und umgekehrt, oder es
298 könnten Sommercamps entstehen, in denen Jugendliche aus allen drei
299 Regionen gemeinsam an Freiwilligenprojekten (z.B. Umweltprojekten in den
300 Alpen) arbeiten. Ziel ist es, grenzüberschreitende Praktika für Betriebe
301 attraktiv zu machen – etwa durch unbürokratische Abwicklung, klare
302 Anrechenbarkeit, Vernetzungsplattformen oder Fördermöglichkeiten. So
303 entsteht ein Mehrwert für beide Seiten: Jugendliche sammeln wertvolle
304 Erfahrungen, und Unternehmen kommen frühzeitig in Kontakt mit den
305 Fachkräften von morgen. Solche Projekte sollten finanziell unterstützt und
306 offiziell anerkannt werden (etwa als Teil eines Euregio-Freiwilligenjahrs
307 oder als Praktikum im Lebenslauf).

- Euregio-Jugendfonds und Stipendien: Geld soll kein Hinderungsgrund für Begegnung sein. Wir schlagen daher einen Euregio-Jugendfonds vor, der Austauschaktivitäten bezuschusst. Der Fonds soll primär aus EU-Programmen (z.B. Erasmus+, Interreg), privaten Drittmitteln sowie Beiträgen bestehender Stiftungen gespeist werden. Die regionalen Mittel würden damit ergänzend und sehr gezielt eingesetzt. Der Fonds könnte z.B. Reisekosten, Unterkunft für Austauschschüler:innen oder Taschengeld für Praktikant:innen abdecken, sofern diese an anerkannten Austauschprogrammen teilnehmen. Zusätzlich könnten Stipendien vergeben werden (ähnlich Erasmus-Stipendien), um längere Aufenthalte – etwa ein Semester an einer Uni im jeweils anderen Landesteil – zu ermöglichen. Um Transparenz und Effizienz sicherzustellen, soll es einen klaren Überblick über alle bestehenden Fördermöglichkeiten geben, damit Schüler:innen und Schulen Programme leichter nutzen können. Um Transparenz und Effizienz sicherzustellen, soll es einen klaren Überblick über alle bestehenden Fördermöglichkeiten geben, damit Schüler:innen und Schulen Programme leichter nutzen können. Wir wollen zudem ein Pilotprojekt für „Participatory Budgeting“ umsetzen: Eine Jugendjury mit Vertreter:innen aus allen drei Landesteilen entscheidet verbindlich über die Vergabe eines definierten Teils der Mittel, während die organisatorische Abwicklung über bereits bestehende Strukturen (z.B. Bildungsdirektionen oder Euregio-Büros) erfolgt.
- Jugendbeteiligung und Begegnungsräume: Schließlich fordern wir, die Beteiligung der Jugend an der Gestaltung der Europaregion zu stärken. Es sollte regelmäßige Jugendforen der Europaregion geben, bei denen junge Vertreter:innen aus Tirol, Südtirol und Trentino zusammenkommen, ihre

334 Anliegen diskutieren und Empfehlungen an die Politikne pflegen
335 (Feuerwehren, Musikkapellen, Schulen, Sportvereine etc.). Die Europaregion
336 sollte hierfür ein Förderprogramm auflegen, das kommunale Projekte
337 bezuschusst, welche grenzüberschreitend angelegt sind. Ein Euregio-Rat der
338 Gemeinden – bestehend aus Bürgermeister:innen aller Landesteile – könnte
339 eingerichtet werden, um die Anliegen der Kommunen in die Europaregion-
340 Strategie einzubringen. Durch diese Verankerung vor Ort wird die
341 Europaregion für die Bürger:innen greifbarer und erlebbarer.

342 **Fazit: Eine liberale Vision für die Euregio Tirol–Südtirol–Trentino**

- 343 • Die hier vorgestellten Maßnahmen setzen auf Offenheit, Eigenverantwortung,
344 Vernunft und Fortschritt statt auf Rückwärtsgewandtheit oder Zwang.
345 Zusammenfassend streben wir eine Europaregion an, in der Nationalismus
346 keinen Nährboden mehr findet, weil Menschen tagtäglich spüren, dass
347 Zusammenarbeit ihnen persönlich Vorteile bringt. Wenn junge
348 Südtiroler:innen problemlos in Innsbruck studieren können, wenn ein
349 Tiroler Schüler eine Woche in Trient zur Schule gehen kann, wenn eine Tram
350 ohne langen Aufenthalt über den Brenner fährt, und wenn Behörden
351 länderübergreifend helfen – dann werden die alten Grenzen an Bedeutung
352 verlieren. Unsere Vision ist eine vereinte Euregio im vereinten Europa,
353 friedlich und freiheitlich.
- 354 • Denkbar ist ein Euregio-Jugendrat als beratendes Gremium. Vorrangig
355 sollten jedoch die bestehenden Strukturen genutzt werden: Auf Tiroler
356 Seite insbesondere der Tiroler Jugendbeirat, ebenso wie entsprechende
357 Jugendvertretungen in Südtirol und im Trentino. Diese bestehenden Beiräte
358 sollen gemeinsam als trilaterale Plattform arbeiten, bevor neue Gremien
359 geschaffen werden. Darüber hinaus sollten bestehende Jugendzentren,
360 Vereine und Initiativen grenzüberschreitend vernetzt werden – etwa durch
361 Partnerschaften zwischen Jugendzentren (ein Jugendtreff in Nordtirol
362 kooperiert mit einem in Südtirol usw.) und jährliche Jugendkonferenzen.
363 Solche Formate bieten einen Raum, in dem junge Leute einander begegnen und
364 gemeinsame Projekte entwickeln können. Sie lernen, Verantwortung in der
365 Region zu übernehmen – ganz im Sinne des liberalen Gedankens der
366 Eigeninitiative und Partizipation.

367 **Kooperation stärken: Die Europaregion als Modell für Europa**

368 Neben Mobilität und Jugendaustausch braucht es auch auf politischer und

verwaltungstechnischer Ebene eine intensivierte Zusammenarbeit zwischen Tirol, Südtirol und Trentino. Die Europaregion ist bislang vor allem ein Forum – mit regelmäßigen Treffen der Landeshauptleute, gemeinsamen Ausschüssen und symbolischen Projekten. Doch um wirklich konkreten Mehrwert zu schaffen, müssen aus der grenzüberschreitenden Freundlichkeit mehr gemeinsame Taten werden. Viele Herausforderungen machen nicht an der Grenze halt: ob Klimaschutz in den Alpen, Verkehrslawinen entlang der Brennerroute oder auch der Fachkräftemangel und die Abwanderung junger Leute aus ländlichen Tälern – all dies sind Themen, die sich effektiver lösen lassen, wenn die drei Länder ihre Kräfte bündeln. Schon heute gibt es Kooperation in Bereichen wie Tourismus, Infrastruktur, Umwelt und Soziales. So wurde etwa in einer gemeinsamen Alpendeklaration 2001 festgeschrieben, dass wirtschaftlicher Fortschritt mit Umweltschutz in Einklang gebracht werden muss. Auch tagt seit einigen Jahren regelmäßig der Dreier-Landtag, also eine Versammlung der Abgeordneten aller drei Parlamente, um gemeinsame Anliegen zu diskutieren. Diese Ansätze gilt es auszubauen und mit Leben zu füllen. Damit der Dreier-Landtag tatsächlich wirksam sein kann, braucht er jedoch mehr Kompetenzen - etwa Budgethoheit und die Möglichkeit, die Verwaltungen in den drei Ländern klar zu beauftragen. Beschlüsse sollen nicht nur deklarativ sein, sondern verbindlich umgesetzt werden. Gleichzeitig gilt: Neue Gremien dürfen nur nach einer Pilotphase eingerichtet werden und sollen dauerhaft nur bestehen bleiben, wenn ihr konkreter Mehrwert nachweisbar ist. Alle institutionellen Strukturen der Euregio müssen regelmäßig evaluiert und verbessert werden, damit sie nicht zu reinen Symbolformaten ohne praktische Wirkung verkommen. Eine liberale Perspektive legt Wert darauf, Bürokratie zu reduzieren und Synergien zu heben: Warum sollten drei Verwaltungen parallel arbeiten, wenn man durch Kooperation effizienter sein kann? Warum komplizierte Verfahren für Bürger:innen, die z.B. in einem Land wohnen und im anderen arbeiten, wenn man Lösungen vereinfachen kann? Unser Ziel ist eine echte Europaregion, die im Alltag spürbar ist – vielleicht eines Tages mit so weitgehender Integration, dass es kaum mehr Rolle spielt, ob man in Innsbruck, Bozen oder Trient vor einer Amtsfrage steht. Bis dahin ist es noch ein weiter Weg, doch jetzt müssen Schritte gesetzt werden, die den Weg dahin ebnen. Dabei geht es nicht um Auflösung nationaler Staaten, sondern um pragmatische Vereinbarungen: gemeinsame Einrichtungen, abgestimmte Gesetze wo möglich, gegenseitige Anerkennung von Dokumenten, etc. Solche Kooperation erfordert Vertrauen und politischen Willen. Finanziell kann Kooperation sogar Vorteile bringen: wenn z.B. gemeinsame Ausschreibungen zu besseren Preisen führen oder Infrastruktur zusammen genutzt wird. Auch EU-Programme fördern explizit solche regionalen Kooperationen und stellen Fördergelder bereit. Wir wollen, dass Tirol, Südtirol und Trentino Vorreiter einer funktionierenden europäischen Region werden – ein Beispiel dafür, wie Vielfalt und Einheit zusammengedacht werden können, ohne Zwang, sondern zum Nutzen aller.

411 Forderungen: Um die institutionelle und praktische Zusammenarbeit in der

412 **Europaregion zu intensivieren, fordern wir:**

- 413 • Regelmäßige gemeinsame Strategietreffen: Über die derzeitigen Treffen der
414 Landeshauptleute hinaus sollen jährliche Regierungsklausuren aller drei
415 Landesregierungen stattfinden, bei denen gezielt gemeinsame Strategien für
416 die nächsten Jahre vereinbart werden. Diese Treffen müssen mehr sein als
417 Symbolik – sie sollen konkrete Projekte definieren (z.B. im
418 Bildungsbereich, Digitalisierung oder Umweltschutz), Verantwortlichkeiten
419 festlegen und den Fortschritt der Europaregion messbar machen. Wesentlich
420 ist dabei, dass solche Formate nur dann sinnvoll sind, wenn sie auf klaren
421 Zielen, nachvollziehbaren Prioritäten und überprüfbaren Vorgaben beruhen.
422 Neue Gremien dürfen nicht zum Selbstzweck entstehen oder bloß
423 symbolpolitisch wirken, sondern müssen tatsächlich einen Beitrag zur
424 Umsetzung gemeinsamer Vorhaben leisten. Langfristig könnte daraus eine
425 gemeinsame Entwicklungsstrategie 2030+ für die Europaregion entstehen, die
426 von allen drei Parlamenten und dem Dreier-Landtag beschlossen wird.

- 427 • Europaregion mit eigenen Kompetenzen ausstatten: Wir regen an, zu prüfen,
428 welche Kompetenzen und Mittel der Europaregion (als institutionellem
429 Rahmen, z.B. dem EVTZ – Europäischer Verbund für territoriale
430 Zusammenarbeit) ohne Schaffung zusätzlicher Verwaltungsstrukturen
431 übertragen werden können. Ziel ist es, die bestehenden Institutionen
432 effizienter zu nutzen und einzelne Aufgaben – etwa im Tourismusmarketing,
433 in der Standortförderung oder im Zivilschutz – dort zu bündeln, wo sie
434 grenzüberschreitend besser erfüllt werden können. Die Europaregion sollte
435 dabei eine koordinierende Rolle mit einem klar definierten Mandat und
436 entsprechender Budgetausstattung erhalten, ohne neue Bürokratie
437 aufzubauen. Denkbar wäre z.B. ein gemeinsamer Innovationsfonds, aus dem
438 grenzüberschreitende Startup-Projekte finanziert werden, oder eine
439 Euregio-Kulturstiftung, die zweisprachige Kulturprojekte unterstützt. Eine
440 Ausstattung der Europaregion mit einem angemessenen Budget (durch Beiträge
441 der drei Länder und EU-Mittel) würde die Unabhängigkeit und
442 Handlungsfähigkeit erhöhen. Die politische Steuerung soll klar beim
443 Dreierlandtag liegen, damit Entscheidungen demokratisch legitimiert
444 bleiben.

- 445 • Abbau administrativer Hürden: Wir fordern die gegenseitige Anerkennung von
446 Qualifikationen und Dokumenten innerhalb der Europaregion, wo immer
447 möglich über die EU-Vorgaben hinaus. Beispielsweise sollten
448 Berufsabschlüsse, die in Südtirol erworben wurden, in Nordtirol
449 unbürokratisch anerkannt sein (und umgekehrt), sofern inhaltlich

450 vergleichbar – hier können die Länder initiativ werden und bilaterale
451 Vereinbarungen treffen. Ebenso sollen Formulare und Behördengänge für
452 Bürger:innen der Nachbarregion erleichtert werden, etwa durch
453 mehrsprachige Amtsservices oder Online-Portale, die länderübergreifend
454 zugänglich sind. Eine Person, die von Innsbruck nach Bozen zieht oder in
455 Kufstein wohnt und in Trient arbeitet, sollte möglichst wenig Papierkrieg
456 haben. Die Verwaltungen könnten Ansprechpartner für Euregio-Anliegen
457 benennen, die Bürger:innen und Unternehmen bei solchen
458 grenzüberschreitenden Fragen helfen.

- 459 • Gemeinsame Vertretung und Stimme in Europa: Tirol, Südtirol und Trentino
460 sollen auf EU-Ebene mit einer koordinierten Stimme auftreten, um mehr
461 Gewicht zu haben. Die bereits bestehende gemeinsame Vertretung in Brüssel
462 ist ein guter Ansatz, den wir stärken möchten. Wir fordern, dass wichtige
463 Anliegen – z.B. Transitverkehr durch die Alpen, regionale Förderungen oder
464 Minderheitenschutz – abgestimmt in Wien, Rom und Brüssel vorgebracht
465 werden. So wird aus drei kleinen Regionen eine starke Einheit, die ernst
466 genommen wird. Konkret könnte man regelmäßige Treffen der
467 Europaabgeordneten und Nationalrats-/Parlamentsabgeordneten aus allen drei
468 Landesteilen organisieren, um Positionen abzustimmen. Zudem sollte die
469 Euregio in europäischen Netzwerken (Alpenraum-Strategie, Europarat etc.)
470 stärker als Modellregion präsentiert werden.
- 571 • Bürgernähe und Gemeindenetzwerk: Zusammenarbeit passiert nicht nur „top-
572 down“, sondern muss von unten wachsen. Wir fordern daher die
573 Intensivierung von Gemeindepartnerschaften innerhalb der Europaregion.
574 Zahlreiche Tiroler, Südtiroler und Trentiner Gemeinden könnten
575 Zwillingsstädte werden und regelmäßigen Austausch auf lokaler Ebene
576 pflegen. Dabei ist besonders darauf zu achten, dass solche Kooperationen
577 nicht in einer Vielzahl neuer Gremien, Arbeitskreise oder formaler
578 Strukturen enden, die am Ende keinen Mehrwert schaffen. Entscheidend ist,
579 dass die Zusammenarbeit pragmatisch bleibt, konkrete Projekte hervorbringt
580 und vorhandene Strukturen nutzt statt neue Bürokratie aufzubauen.

481 Quellen:

482 Euregio-Website „About Us / Vision“ –
483 <https://www.europaregion.info/en/euregio/about-us/vision/>

484 Wikipedia-Eintrag Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino –

485 https://de.wikipedia.org/wiki/Europaregion_Tirol
486 –
487 <https://www.europaregion.info/en/brussels/eu-for-all/eu-programmes/>

488 Euregio Ticket Students – <https://www.suedtirolmobil.info/en/tickets/ticket-finder/euregio-ticket-students>

489 Interreg Europe Peer Review: Boosting sustainable cross-border mobility in
490 Tyrol-South – <https://www.interregeurope.eu/policy-learning-platform/events/peer-review-boosting-sustainable-cross-border-mobility-in-tyrol-south>

491 Euregio-Website „Mobility / Info Mobility“ – <https://www.europaregion.info/en/>

492 eIDAS Regulation – EU Digital Strategy – <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/eidas-regulation>

493 ThalesGroup zu eIDAS-Regulation –
494 <https://www.thalesgroup.com/en/markets/digital-identity-and-security/government/identity/eidas-regulations>

495 “eIDAS 2.0: Everything you need to know” (Entrust) –
496 <https://www.entrust.com/resources/learn/eidas-2>

ANTRAG

Antragsteller*in: Georg Satzinger, Florian Luxner

Tagesordnungspunkt: 13.c Weitere Anträge

A2: Weniger Paragrafen, mehr Sterne – Mehr Freiheit wagen beim Wildcamping!

Antragstext

1 Aktuelle Situation

2 Tirol ist bekannt für seine beeindruckende Berglandschaft und vielfältige Natur
3 – sie lädt Menschen dazu ein, Freiheit und Abenteuer zu erleben. Doch das
4 Tiroler Campinggesetz (2001) untersagt das Campieren außerhalb ausgewiesener
5 Campingplätze weitgehend. Wer heute mit einem Zelt eine Nacht in der Natur
6 verbringen möchte, steht damit unter Generalverdacht, die Umwelt zu schädigen.
7 Dieses pauschale Verbot widerspricht dem liberalen Grundverständnis von Freiheit
8 und Eigenverantwortung.

9 In anderen österreichischen Bundesländern zeigen differenzierte Regelungen, dass
10 verantwortungsvolles Wildcamping durchaus funktionieren kann:

- 11 • In Oberösterreich ist das Zelten oberhalb der Baumgrenze und außerhalb
12 landwirtschaftlich genutzter Flächen unter bestimmten Bedingungen erlaubt.
- 13 • In Salzburg oder Vorarlberg können Gemeinden selbst entscheiden, ob und wo
14 Wildcamping zugelassen wird.
- 15 • In der Steiermark und im Burgenland bestehen ebenfalls differenzierte
16 Regelungen, die das Übernachten im freien Gelände in geringerem Umfang
17 zulassen, sofern keine Naturschutzbestimmungen verletzt werden (1,2)

18 Diese Beispiele zeigen: Es ist möglich, verantwortungsvolles Wildcamping zu

19 erlauben, ohne Natur und Landschaft zu gefährden.

20 Tirol ist zugleich eines der am stärksten touristisch genutzten Bundesländer
21 Österreichs.

22 Die Herausforderung besteht daher nicht nur im Umgang mit Einzelpersonen, die
23 naturverbunden unterwegs sind, sondern mit der großen Gesamtzahl an Menschen,
24 die unsere Landschaft frequentieren.

25 Eine zu starke Nutzung kann zu Erosionsschäden, Müllproblemen und Überlastung
26 empfindlicher Gebiete führen.

27 Das Ziel muss daher sein, Freiheit zu ermöglichen, Verantwortung einzufordern –
28 und gleichzeitig Übernutzung zu vermeiden.

29 **Unsere Lösung**

30 **1. Einführung eines liberalisierten Modells für verantwortungsvolles Wildcamping**

31

32 Das generelle Verbot des Campierens außerhalb von Campingplätzen soll
33 überarbeitet werden.

34 In geeigneten Gebieten – insbesondere außerhalb sensibler Zonen und
35 Schutzgebiete – soll das temporäre Wildcampen mit Zelt oder Biwak erlaubt
36 werden, sofern:

- 37 • keine Beeinträchtigung der Natur erfolgt,

- 38 • kein Müll hinterlassen wird,

- 39 • keine Feuer entfacht werden,

- 40 • und keine Flächen landwirtschaftlich oder forstwirtschaftlich genutzt
41 werden.

42 Ziel ist, Eigenverantwortung zu fördern und Naturerlebnis wieder als
43 selbstverständlichen Teil der Freiheit zu begreifen.

44 **2. Differenzierte Zonen und Schutzgebietsausnahmen**

- 45 • In besonders schützenswerten Gebieten (Nationalparks, Natur- und
46 Landschaftsschutzgebiete, Moore, sensible Biotope) bleibt ein absolutes
47 Verbot bestehen.

- 48 • In weniger sensiblen Gebieten (alpines Ödland, oberhalb der Baumgrenze,
49 entlegene Bergregionen) können Gemeinden oder Bezirksbehörden
50 Wildcampingzonen festlegen, in denen einfache Übernachtungen gestattet
51 sind.
- 52 • Das Not-Biwakieren in alpinen Notsituationen ist weiterhin jederzeit
53 zulässig und ausdrücklich geschützt.

54 **3. Schutz vor Übernutzung & Monitoring**

55 Tirol ist bereits touristisch stark frequentiert. Ein unkontrollierter Zugang zu
56 Wildcampingplätzen könnte zu Übernutzung führen.
57 Um dies zu verhindern, soll die Landesregierung ein Monitoring- und
58 Evaluierungssystem einführen, das:

- 59 • die Nutzung von Wildcampingzonen statistisch erfasst,
- 60 • ökologische Auswirkungen (z. B. Vegetationsschäden, Müllaufkommen)
61 dokumentiert,
- 62 • und jährlich eine öffentliche Bewertung vornimmt.

63 Wenn negative Effekte überwiegen, muss das Modell regional angepasst oder
64 eingeschränkt werden.

65 **4. Eigenverantwortung & Aufklärung**

66 Wildcamping erfolgt auf eigene Gefahr – auch im Hinblick auf Witterung, Gelände
67 oder mögliche Begegnungen mit Wildtieren.
68 Die Landesregierung soll gemeinsam mit Tourismusverbänden, Gemeinden und
69 Bergwacht Informationsmaterial bereitstellen (z. B. Websites oder Aushänge),

70 das:

71 • über erlaubte Zonen informiert,

72 • Verhaltensregeln klar kommuniziert („Leave no trace“-Prinzip),

73 • und auf Gefahren sowie Haftung hinweist.

74 Diese Form der Aufklärung ersetzt Bürokratie durch Bewusstsein.

75 **5. Einbindung von Gemeinden und Grundeigentümer*innen**

76 Gemeinden sollen selbst entscheiden können, ob sie Wildcampingzonen zulassen
77 oder ablehnen.

78 Private Grundeigentümer*innen können freiwillig Flächen zur Verfügung stellen
79 und bei Bedarf kleine Nutzungsentgelte verlangen.

80 So wird Eigeninitiative vor Ort gestärkt und lokale Akzeptanz geschaffen.

81 **6. Konsequenzen bei Verstößen**

82 Wer gegen die Regeln des liberalisierten Modells verstößt – etwa durch
83 Vermüllung, Beschädigung der Natur oder das Campieren in Schutzgebieten – soll
84 durch die Exekutive belangt werden.

85 Die Strafen sind gestaffelt nach Schwere des Verstoßes, um Verhältnismäßigkeit
86 zu wahren.

87 **7. Evaluierung und Weiterentwicklung**

88 Nach einer Pilotphase von drei Jahren soll eine umfassende Evaluierung
89 stattfinden.

90 Dabei sollen Gemeinden, Umweltorganisationen und Nutzer*innen einbezogen werden.
91 Ziel ist eine Balance zwischen Freiheit, Nachhaltigkeit und Akzeptanz zu sichern
92 – damit Tirols Natur auch langfristig erlebbar bleibt.

93 **Unsere Forderung**

94 Wir JUNOS-Tirol setzen auf das Vertrauen in mündige Bürger*innen statt auf

95 Misstrauen und Verbote und fordern daher die Liberalisierung von Wildcamping in
96 Tirol mit Verankerung im Tiroler Campinggesetz.

97 Ein liberaleres Wildcamping-Modell ist kein Freibrief, sondern eine Chance, zu
98 beweisen, dass Freiheit und Naturschutz zusammengehen können.

99 Wir sind davon überzeugt, dass Tirol ein Vorbild sein kann für moderne,
100 nachhaltige Outdoorpolitik werden – eine, die Verantwortung nicht sanktioniert,
101 sondern stärkt.

102 1. <https://www.bergwelten.com/a/wildcampen-in-oesterreich-das-musst-du-wissen>

103 2. <https://www.alpenverein.at/portal/natur-umwelt/respektamberg/zelten-biwakieren.php>

ANTRAG

Antragsteller*in: *Georg Satzinger, Rafael Fiechter, Florian Luxner, Tobias Reindl, Felix Rovagnati*

Tagesordnungspunkt: 13.c Weitere Anträge

A3: Mehr Mitbestimmung wagen - Jugendpolitik durch den Jugendlandtag weiterdenken

Antragstext

1 Der Landeskongress von JUNOS-Tirol möge beschließen:

2 Politische Bildung beginnt mit Teilhabe. Um junge Menschen nachhaltig für
3 Demokratie und Politik zu begeistern, braucht es echte
4 Mitbestimmungsmöglichkeiten – nicht bloß theoretische Bildung.
5 Daher fordern wir die Einrichtung eines Tiroler Jugendlandtags, der als
6 eigenständiges, gesetzlich verankertes Gremium jungen Menschen zwischen 14 und
7 24 Jahren ermöglicht, parlamentarische Prozesse zu erleben, politische
8 Verantwortung zu übernehmen und ihre Anliegen direkt an die Tiroler Politik zu
9 richten.

10 Der Jugendlandtag soll dreimal jährlich (im Herbst, Winter und Frühjahr)
11 stattfinden und damit eine kontinuierliche Auseinandersetzung mit aktuellen
12 politischen Themen ermöglichen. Nur so kann jugendpolitisches Engagement
13 wirklich gefördert und langfristig wirksam werden. Ein einmaliges oder
14 sporadisches Format wird dem Interesse und der Dynamik junger Menschen nicht
15 gerecht.

16 Durch eine Verankerung des Jugendlandtags in der Geschäftsordnung des Tiroler
17 Landtags wird sichergestellt, dass die dort eingebrachten
18 Anliegen verbindlich an die Landesregierung übermittelt und in dem
19 zuständigen Ausschuss des Landtags behandelt werden. Damit wird jugendliche
20 Mitbestimmung nicht bloß symbolisch, sondern strukturell verankert.

21 Die Präsidentin bzw. der Präsident des Tiroler Landtags ist dabei
22 verpflichtet, die Beschlüsse und Anträge des Jugendlandtags in offizieller

23 Form an die Tiroler Landesregierung zu übermitteln und dem zuständigen
24 Ausschuss zuzuteilen. Durch diese gesetzlich festgeschriebene Pflicht wird
25 garantiert, dass die Anliegen der Jugendlichen nicht im administrativen Alltag
26 untergehen, sondern mit derselben Verbindlichkeit und Ernsthaftigkeit behandelt
27 werden wie parlamentarische Initiativen aus dem Landtag selbst.

28 Der Jugendlandtag soll über eine eigene Geschäftsordnung verfügen, die
29 sich an den Abläufen des Tiroler Landtags orientiert. Diese umfasst unter
30 anderem eine Plenumsdebatte mit drei Lesungen, eine Fragestunde,
31 Redezeitbeschränkungen und Antragsrecht für alle Mitglieder. Damit wird ein
32 realistisches Verständnis parlamentarischer Prozesse vermittelt und keine
33 Simulation, sondern tatsächliche Mitbestimmung.

34 Der Bewerbungsprozess erfolgt transparent über eine Kommission des
35 Jugendausschusses des Tiroler Landtags, die die Bewerbungen anhand
36 von Motivationsschreiben und Lebenslauf beurteilt. Durch diese klare
37 Struktur wird sichergestellt, dass der Jugendlandtag offen, plural und
38 leistungsorientiert besetzt ist.

39 Ein zentrales Element ist die Einbindung des Politikunterrichts: In allen
40 Schultypen soll der Jugendlandtag jährlich vorgestellt werden. Schülerinnen
41 und Schüler sollen im Unterricht die Möglichkeit erhalten, Bewerbungen
42 vorzubereiten, zu diskutieren und einzureichen. So wird politische
43 Bildung greifbar und handlungsorientiert.

44 Ergänzend dazu soll ein Format „Landtag on Tour“ eingeführt werden,
45 bei dem Vertreter:innen des Tiroler Landtags gemeinsam mit jungen Abgeordneten
46 durch alle Landesteile Tirols reisen, Schulen besuchen und über Demokratie,
47 Landespolitik und den Jugendlandtag informieren. Damit wird politische
48 Bildung dezentral, niedrigschwellig und praxisnah gestaltet.

49 Schließlich sollen die Abgeordneten des Jugendlandtags durch
50 die Landtagsdirektion professionell auf ihre Tätigkeit vorbereitet werden
51 – insbesondere in den Bereichen Antragsschreiben, Redeordnung und
52 parlamentarisches Arbeiten. So entsteht ein Raum, der politische Kompetenz und
53 Verantwortungsbewusstsein fördert.

54 Mit der Einrichtung eines Tiroler Jugendlandtags stärken wir
55 das Demokratieverständnis, die Eigenverantwortung und die politische
56 Mündigkeit junger Menschen.
57 Wir JUNOS sind überzeugt: Wer früh versteht, wie Demokratie funktioniert, wird
58 sie später aktiv gestalten. Der Jugendlandtag ist ein Bekenntnis zu einer

59 liberalen, offenen und zukunftsfähigen Demokratie, die auf Beteiligung und
60 Eigeninitiative baut und nicht auf bloße Symbolpolitik.

- 61 1. Die JUNOS Tirol sprechen sich für die gesetzliche Verankerung
62 eines dreimal jährlich stattfindenden Tiroler Jugendlandtags (Herbst-,
63 Winter- und Frühjahrslandtag) in der Geschäftsordnung des Tiroler
64 Landtags aus.
- 65 2. Der Präsident des Tiroler Landtags wird verpflichtet, die Ergebnisse des
66 Jugendlandtags an die Tiroler Landesregierung zu übermitteln.
67 Der zuständige Ausschuss des Landtags muss sich mit den
68 übermittelten Anträgen verpflichtend in Beratungen befassen.
- 69 3. Der Tiroler Jugendlandtag erhält eine eigene Geschäftsordnung, die
70 sich in Form und Ablauf an jenen des Tiroler Landtags orientiert (inkl.
71 Plenumsdebatte, 3 Lesungen, Fragestunde, Redezeitbegrenzung von 10
72 Minuten, Antragsrecht für alle Mitglieder).
- 73 4. Der Jugendausschuss des Tiroler Landtags richtet
74 eine Auswahlkommission ein, die Bewerbungen zum Jugendlandtag bewertet
75 und die Abgeordneten auswählt.
- 76 5. Die Teilnahme ist Jugendlichen im Alter von 14 bis 24
77 Jahren vorbehalten. Die Amtsperiode beträgt zwei Jahre; bei
78 Überschreiten des Alters wird die Nachbesetzung über den bestehenden
79 Bewerbungsprozess vorgenommen.
- 80 6. Der Bewerbungsprozess erfolgt auf Basis eines Lebenslaufs und eines
81 Motivationsschreibens.
- 82 7. Die Tiroler Landesregierung wird aufgefordert, in allen Schultypen den
83 Jugendlandtag bekannt zu machen und im Rahmen
84 des Politikunterrichts jährlich eine Informations- und
85 Bewerbungsphase durchzuführen. Dabei sollen Lehrpersonen Bewerbungen im
86 Unterricht begleiten und zur aktiven Teilnahme motivieren.

87 8. Der Tiroler Landtag soll künftig mit einem Format „Landtag on
88 Tour“ in allen Tiroler Landesteilen und an allen Schultypen präsent
89 sein, um Jugendlichen die Gesetzgebungsprozesse näherzubringen,
90 politisches Interesse zu fördern und den Jugendlandtag aktiv zu bewerben.

91 9. Die Landtagsdirektion wird beauftragt, Einschulungen zu
92 parlamentarischen Abläufen, Antragsschreiben und Redeordnung für die
93 Abgeordneten des Jugendlandtags durchzuführen.

ANTRAG

Antragsteller*in: *Bernhard Huber*

Tagesordnungspunkt: *13.c Weitere Anträge*

A4: Gewinnfreibetrag

Antragstext

1 Begründung

2 Österreich liegt bei Start-up-Finanzierungen im europäischen Vergleich weiterhin
3 zurück. Besonders der Bereich Late Seed und Early Growth ist strukturell
4 unterfinanziert, was zu Standortnachteilen führt, Innovation bremst und
5 talentierte Gründer:innen in andere Länder drängt.

6 Gleichzeitig verfügen österreichische Unternehmen – insbesondere mittlere und
7 große KMU – über beträchtliche Gewinne, die derzeit steuerlich kaum in
8 innovative Beteiligungen gelenkt werden. Während der bestehende Gewinnfreibetrag
9 ein wichtiges Instrument zur Eigenkapitalbildung darstellt, fehlt ein gezielter
10 steuerlicher Anreiz, Kapital in österreichische Start-ups zu lenken.

11 Ein investitionsgebundener Gewinnfreibetrag mit klaren Vorgaben schafft:

- 12 • Neue Kapitalquellen für österreichische Start-ups
- 13 • Mehr Beteiligung österreichischer Unternehmen am Innovationsökosystem
- 14 • Standortvorteile durch Stärkung der lokalen Wertschöpfung
- 15 • Investitionsanreize ohne zusätzliche Bürokratie für Unternehmen
- 16 • Privates Risikokapital als Ergänzung zu staatlichen Förderungen

17 Mit einer steuerlichen Begünstigung von bis zu 40.000 € wird ein attraktiver,
18 wirkungsvoller Hebel geschaffen, um private Mittel in die Zukunftsbranchen

19 Österreichs zu lenken – und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit
20 österreichischer Unternehmen zu stärken. Die Bindung der Investitionen in
21 österreichische Start-ups stellt sicher, dass der steuerliche Vorteil
22 zielgerichtet dem inländischen Innovationsstandort zugutekommt.

23 **Forderung:**

24 Die JUNOS fordern die Bundesregierung auf, einen investitionsbedingten
25 Gewinnfreibetrag in Höhe von bis zu 40.000 Euro für Unternehmen mit einer
26 steuerlichen Bemessungsgrundlage von mehr als 583.000 Euro zu schaffen.

27 Dieser zusätzliche Freibetrag soll ausschließlich gewährt werden, wenn das
28 Unternehmen den Betrag in einen qualifizierten Fonds investiert, der folgende
29 Kriterien erfüllt:

- 30 1. Das Fondsvolumens müssen in österreichische Start-ups investiert werden.
- 31 2. Die Start-ups müssen gemäß EU-Definition jung, innovativ und
32 wachstumsorientiert sein.
- 33 3. Der Fonds muss in Österreich lizenziert sein und einer regulierten Aufsicht
34 (FMA) unterliegen und von einer in Österreich beheimaten Bank verwaltet &
35 aufgelegt werden.

ANTRAG

Antragsteller*in: *Robin Exenberger, Susanna Riedlsperger, Felix Rovagnati, Markus Trainer, Fabian Kröll*

Tagesordnungspunkt: *13.c Weitere Anträge*

A5: Die Kettensäge für Tirol – Verwaltungsapparat zersägen

Antragstext

1 Einleitung

2 Tirol leidet unter einem aufgeblähten, ineffizienten und historisch gewachsenen
3 Verwaltungs- und Förderdschungel, der Ressourcen bindet, Transparenz verhindert
4 und Bürger:innen belastet. Die Landesverwaltung, die Förderlandschaft und die
5 bürokratische Struktur im Bildungsbereich zeigen exemplarisch, wie notwendig ein
6 radikaler Schnitt ist. Mit diesem Antrag setzt sich JUNOS Tirol für eine
7 umfassende Modernisierung, Entschlackung und Neuordnung des Verwaltungsapparats
8 ein – für Effizienz, Transparenz, Digitalisierung und echte Verantwortlichkeit.

9 I. Verwaltungsapparat verschlanken – warum Tirol 10 endlich Strukturen abbauen muss

11 Tirols Landesverwaltung ist über Jahrzehnte kontinuierlich angewachsen – jedoch
12 nicht, weil Leistungen für Bürger:innen massiv ausgeweitet wurden, sondern weil
13 Aufgaben, Zuständigkeiten und organisatorische Einheiten ständig weiterwuchsen,
14 ohne dass alte Strukturen zurückgebaut wurden. So ist ein Verwaltungsapparat
15 entstanden, der Jahr für Jahr größer, teurer und komplexer wird, ohne dass
16 Transparenz und Effizienz im gleichen Ausmaß steigen.

17 Aktuell umfasst die Landesverwaltung 4.596,5 Vollzeitäquivalente (Stand Ende
18 2024, ohne Klinik und Lehrpersonal). Jede dieser Stellen kostet das Land im
19 Schnitt 90.000 Euro pro Jahr. Ein immer weiter steigender Personalstand bedeutet
20 daher erhebliche laufende Kosten, die sich dauerhaft im Budget festsetzen. Doch
21 trotz dieses großen Verwaltungsapparats bleibt der Output häufig hinter den
22 Erwartungen der Bürger:innen zurück: lange Verfahren, unklare Zuständigkeiten
23 und wachsende Bürokratie.

24 Strukturell zeigt sich die Überdimensionierung besonders deutlich: 9 Gruppen, 51
25 Abteilungen und 10 Sachgebiete bilden ein kleinteiliges, historisch gewachsenes
26 System. Dieser Aufbau schafft Parallelstrukturen, doppelte Arbeitsschritte und
27 fragmentierte Zuständigkeiten – kurz: eine Organisation, die für die
28 Herausforderungen der kommenden Jahre nicht mehr geeignet ist.

29 Gleichzeitig wächst das zweite System daneben weiter: die externe Beratung.
30 Obwohl die interne Verwaltung stetig vergrößert wurde, gab das Land allein im
31 letzten verfügbaren Jahr 8,3 Millionen Euro für externe Beraterverträge aus. Ein
32 teures Doppelmodell aus „immer mehr intern“ und „immer mehr extern“ – ohne
33 strategische Steuerung.

34 Es ist daher klar: Tirol braucht eine umfassende Verwaltungsreform. Nicht als
35 Sparprogramm, sondern als Modernisierungsschub, der Organisation, Personal und
36 Arbeitsweisen neu ordnet. Die Verwaltung muss spürbar effizienter, digitaler und
37 klarer werden – statt jedes Jahr weiter anzuwachsen.

38 **Wir fordern daher: Die Verwaltungs-Kettensäge für Tirol**

39 **1. Personalapparat modernisieren und verkleinern**

40 Der Personalstand der Landesverwaltung liegt derzeit bei 4.596,5 VZÄ (ohne
41 Klinik- und Lehrpersonal). Jeder Arbeitsplatz verursacht jährliche Kosten von
42 rund 90.000 Euro – ein über Jahrzehnte gewachsener Verwaltungsapparat, der
43 enorme Mittel bindet und historisch gewachsene Strukturen forschreibt.

44 Um die Verwaltung nachhaltig zu verschlanken, dürfen keine neuen Planstellen
45 geschaffen werden. Stattdessen sollen natürliche Abgänge durch Pensionierungen,
46 interne Umverteilungen und Aufgabenstraffungen genutzt werden, um den
47 Personalstand schrittweise und sozial verträglich deutlich reduzieren. Moderne
48 Arbeitsprozesse und klare Zuständigkeiten ermöglichen eine kleinere,
49 effizientere Verwaltung, die ihren Service für Bürger:innen nicht nur hält,
50 sondern verbessert.

51 **2. Aufnahmestopp in den Landesdienst**

52 Ein strukturierter Aufnahmestopp – mit eng definierten Ausnahmen – ermöglicht
53 Personalabbau ohne Kündigungen und stellt diesen sicher. Pensionierungen werden
54 nicht automatisch nachbesetzt, sondern führen zu internen Umverteilungen,
55 Aufgabenbündelungen und effizienteren Abläufen. So schrumpft die Verwaltung
56 kontrolliert und ohne Qualitätsverlust.

57

3. Zusammenlegung von Abteilungen

58 Die derzeitige Struktur mit 9 Gruppen, 51 Abteilungen und 10 Sachgebieten ist
59 überdimensioniert. Historische Zuständigkeiten wurden nie aufgeräumt und
60 verursachen heute Doppelstrukturen, lange Wege und hohe Kosten. Zusammenlegungen
61 können – wie das Beispiel Salzburg zeigt – Millionenbeträge einsparen und die
62 Verwaltung klarer und schneller machen.

63 **4. Flexible Verlängerung der Dienstzeit über 65 hinaus**

64 Eine freiwillige Verlängerung der Dienstzeit hilft Know-how zu sichern und
65 Personalengpässe zu vermeiden. Erfahrene Mitarbeiter:innen bleiben an Bord, bis
66 Nachbesetzungen sauber organisiert sind. Das macht Übergänge stabiler und
67 reduziert kurzfristigen Druck im System.

68 **5. Beraterverträge deutlich reduzieren**

69 Mit 8,3 Millionen Euro pro Jahr ist Tirols Ausgabenvolumen für externe Beratung
70 zu hoch. Externe Expertise darf nur dort eingesetzt werden, wo sie tatsächlich
71 notwendig ist. Transparente Veröffentlichung aller Verträge schafft Vertrauen
72 und verhindert Doppelstrukturen zwischen interner Verwaltung und externen
73 Dienstleistern.

74 **6. Einsatz von Künstlicher Intelligenz**

75 KI kann Routinearbeiten übernehmen: Aktenanalyse, Fristenverwaltung,
76 Textklassifikation, standardisierte Bescheide. Mit klaren Leitlinien,
77 Datenschutz und menschlicher Letztkontrolle schafft KI mehr Zeit für
78 qualifizierte Aufgaben und erhöht die Bearbeitungsgeschwindigkeit erheblich.
79 Tirol kann hier Vorreiter werden und den Schritt setzen, moderne Technologien
80 systematisch in Verwaltungsprozesse zu integrieren.

81 **II. Die Förderkettensäge für Tirol –
82 Förderdschungel zerschlagen, Transparenz
83 schaffen**

84 Tirols Fördersystem ist über Jahrzehnte zu einem unüberschaubaren Geflecht aus
85 Programmen, Sonderbestimmungen und politisch gesetzten Ausnahmen angewachsen.
86 Die bundesweite Förderdatenbank weist aktuell 430 Förderungen aus, die in Tirol

durch das Land oder Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern vergeben werden. Gleichzeitig zeigt der Förderbericht 2023 des Budgetdienstes des Nationalrates: Meldungen in die Transparenzdatenbank des Bundes (TDB) können mit Fristen von 18 bzw. 24 Monaten erfolgen – also bis zu zwei Jahre nach Auszahlung einer Leistung. Dadurch basiert die jährliche Berichterstattung auf strukturell unvollständigen und zeitlich verzögerten Daten, die keine verlässliche Grundlage für politische Steuerung darstellen.

Besonders deutlich wird das Ausmaß in Tirol: Die Zahl der aktiven Förderleistungen ist von 168 im Jahr 2022 auf 212 im Jahr 2023 gestiegen – ein Plus von 26,2 % und der höchste Zuwachs aller Bundesländer. Dies sind keine bloßen Nachmeldungen, sondern tatsächlich bestehende, parallelaufende Programme. Tirol fördert also real immer mehr und schafft laufend neue Programme, ohne bestehende zu streichen oder zu konsolidieren.

Auch bei den Ausgaben zeigt sich die Dimension dieses unkoordinierten Systems: Tirol hat seine gemeldeten Leistungen von 2022 auf 2023 um 323 Millionen Euro erhöht – der größte Anstieg aller Bundesländer. Davon entfallen allein 215 Millionen Euro auf den Bereich „Allgemeine öffentliche Verwaltung und Äußeres“. Diese massiven Ausgabensteigerungen spiegeln kein klares Konzept wider, sondern dokumentieren die zunehmende Unübersichtlichkeit und Zielentfremdung des Systems.

Parallel dazu wurde das Tiroler Fördertransparenzgesetz 2025 novelliert: Das Land übernimmt die Kategorien des Bundes (Mitgliedsbeiträge, Spenden, direkte Förderungen, Zuwendungen, Intermediärszahlungen etc.), definiert Leistungsempfänger und leistende Stellen und verpflichtet sich grundsätzlich zur Meldung an die TDB. Doch die entscheidenden Pflichten greifen viel zu spät, denn der jährliche Förderbericht wird weiterhin einen Großteil der Förderungen nicht erfassen.

Die zentrale Botschaft lautet daher weiterhin: All diese neuen Bestimmungen ändern nichts am Kernproblem. Das Land und die Landesregierung wissen in Zukunft auch nicht,

- welche Förderungen tatsächlich aktiv sind,
- wie viele Programme parallel laufen,
- wie viel Geld effektiv verteilt wird,
- und welche Wirkung diese Förderungen entfalten.

121 Dass ein Fördersystem derart unkontrolliert wächst, zeigt ein grundlegendes
122 Problem: Das Land weiß nicht, was es fördert. Und es kann es auch nicht wissen,
123 weil die Datenbasis lückenhaft, verzögert und unvollständig bleibt. Dadurch
124 entsteht nicht nur Intransparenz, sondern die Möglichkeit, Förderungen faktisch
125 zu verschleiern: Ohne vollständige, zeitnahe Erfassung und ohne einheitliche
126 Strukturen bleibt unklar, welche Mittel wohin fließen.

127 Besonders problematisch ist, dass ein erheblicher Teil der Förderungen nicht
128 durch das Land selbst, sondern über landesnahe Gesellschaften, Beteiligungen und
129 ausgelagerte Rechtsträger abgewickelt wird. Diese Konstruktionen ermöglichen
130 eine Parallelförderlandschaft, in der Mittel bewegt werden und bis zu zwei Jahre
131 verspätet in der Transparenzdatenbank aufzuscheinen. Unter diesen Bedingungen
132 hat auch der Landeshauptmann als Finanzreferent keinen Überblick, wofür
133 Steuergeld tatsächlich eingesetzt wird.

134 Der Förderdschungel hat sich längst verselbstständigt. Statt ein steuerbares
135 politisches Instrument zu sein, ist er zum undurchsichtigen Geflecht
136 unterschiedlichster Programme geworden, die nebeneinander existieren, einander
137 überlagern, einander duplizieren und über unterschiedliche Strukturen
138 abgewickelt werden und sich jeglicher politischer Kontrolle entziehen.

139 **Warum ein radikaler Neustart notwendig ist**

140 Die über 212 aktiven Förderprogramme im Jahr 2023 zeigen, dass Tirols
141 Fördersystem nicht überarbeitet, sondern neu aufgesetzt werden muss. Die
142 Vielzahl paralleler Programme verhindert Transparenz, verzerrt Prioritäten und
143 verschlingt Verwaltungsressourcen. Ein einmaliger Reset schafft die nötige
144 Klarheit: Bestehende Förderungen werden geprüft, geordnet und auf das reduziert,
145 was tatsächlich wirkt. Nur so kann ein effizientes und nachvollziehbares System
146 entstehen, das nicht weiter anwächst.

147 **Wir fordern daher: Die Förderkettensäge für Tirol**

148 **1. Digitalisierungsoffensive starten**

149 Tirol startet eine umfassende Digitalisierungsoffensive im Förderwesen:
150 Einheitliche Standards für alle, automatisierte Prüfungen, Transparenz in
151 Echtzeit durch automatisierte Einmeldung aller Zahlungen und Angebote.

152 **2. One In, One Out - keine neue Förderung ohne Abschaffung 153 einer bestehenden**

154 Jede neue Förderung ersetzt zwingend eine bestehende. Die Landesregierung darf
155 keine zusätzlichen Programme schaffen, ohne mindestens eine gleichartige
156 Förderung zu streichen. Das Motto „immer mehr, nie weniger“ darf uns nicht
157 länger Geisel halten.

158 **3. Sunset-Klauseln für sämtliche Förderungen**

159 Alle Förderungen werden verpflichtend mit Sunset-Klauseln von maximal 5 Jahren
160 versehen. Ohne ausdrückliche Verlängerung nach positiver Evaluierung durch den
161 Landesrechnungshof laufen sie automatisch aus. Damit werden historische
162 Förderungen ohne Wirkung, aber mit Kosten, systematisch beendet.

163 **4. Radikale Vereinfachung des Förderwesens**

164 Förderbedingungen, Richtlinien und Verfahren sind auf Verständlichkeit und
165 Effizienz zu überprüfen. Doppelprüfungen, unnötige Nachweise und komplizierte
166 Sonderregelungen werden gestrichen. An die Stelle von 430 Förderwegen treten
167 klar strukturierte, wenige Programme mit einheitlichen, nachvollziehbaren
168 Kriterien.

169 **5. Alle Förderungen auf einen Blick**

170 Tirol meldet alle eigenen und landesnahen Förderungen vollständig und in
171 Echtzeit in die bundesweite Förderdatenbank ein und nutzt deren Datenbestand
172 konsequent, um allen Bürger:innen einen fairen, vollständigen Überblick über
173 sämtliche relevanten Förderangebote zu geben – einschließlich jener von
174 Gemeinden, Kammern und dem Bund.

175 Diese Informationen fließen direkt in die Tiroler One-Stop-Shop-
176 Beantragungsplattform (Punkt 4) ein, sodass alle Förderungen, die für Menschen
177 und Betriebe in Tirol relevant sind, sichtbar, vergleichbar und direkt digital
178 beantragbar werden.

179 **6. Förderungen gesamtheitlich denken**

180 Förderungen müssen über alle Ebenen hinweg gedacht werden. In Tirol müssen die
181 Förderung aller Gemeinden und aller sonstigen Rechtsträger automatisch und in
182 Echtzeit in der Förderdatenbank erfasst werden, um die Vermeidung von
183 Doppelförderungen und Effizienz sicherzustellen.

184 **7. Keine Förderungen an landeseigene und landesnahe
185 Unternehmen**

186 Förderungen an Unternehmen im Eigentum oder unter beherrschendem Einfluss des
187 Landes sind grundsätzlich einzustellen. Solche Zahlungen sind interne
188 Geldverschiebungen ohne echten Lenkungseffekt und verzerren den Wettbewerb
189 gegenüber privaten Betrieben. Landesnahe Rechtsträger sollen keine eigenen
190 Förderprogramme mit Mitteln des Landes abwickeln, sondern über klar geregelte
191 Leistungsaufträge und transparente Budgetierung gesteuert werden.

192 **8. Förderungen budgetär deckeln**

193 Ein verbindlicher Gesamtbudgetdeckel zwingt die Landespolitik, echte Prioritäten
194 zu setzen. Einsparungen durch gestrichene oder zusammengelegte Programme können
195 dann zur Finanzierung evidenzbasierter, wirksamer Maßnahmen verwendet werden.

196 **9. Einmaliger radikaler Neustart**

197 Alle bestehenden Förderungen von Land und landesnahen Rechtsträgern laufen
198 innerhalb eines definierten Jahres einmalig aus. In diesem Zeitraum:

199 werden keine neuen Förderprogramme geschaffen,

200 prüft der Landesrechnungshof sämtliche Förderungen nach klaren Kriterien
201 (Wirksamkeit, Effizienz, Zielerreichung, Kosten),

202 werden nur jene Programme erneuert, die eine nachweislich positive Evaluierung
203 erhalten – verpflichtend mit Sunset-Klauseln, fixem Budget und digitaler
204 Abwicklung.

205 Durch diesen einmaligen Reset wird der Förderdschungel radikal
206 zurückgeschnitten. Übrig bleibt ein deutlich schlankeres, transparentes und
207 wirkungsorientiertes Fördersystem, das Wirksamkeit in den Vordergrund stellt,
208 statt Bürokratie und Abhängigkeiten einzuzementieren.

209 **III. Bildung von Bürokratie befreien – eine
210 Behörde statt neun Bildungsdirektionen**

211 Österreich leistet sich derzeit eine bürokratische Konstruktion, die europaweit

212 ihresgleichen sucht: Neun Bildungsdirektionen, die gleichzeitig dem Bund und dem
213 jeweiligen Bundesland unterstehen – verfassungsrechtlich verankerte
214 Doppelzuständigkeit, Doppelaufsicht und Doppelchaos.

215 Diese Struktur ist ein Paradebeispiel dafür, wie man Verwaltung nicht
216 organisieren sollte. Sie ist teurer als nötig, schwerfälliger als zulässig und
217 politisch anfälliger als verantwortbar. Ein System, das auf Doppelzuständigkeit
218 von Bund und Land basiert, produziert zwangsläufig das, was wir überall sehen:
219 Kompetenzschiebereien, Verzögerungen und Verantwortungsdiffusion. - Wenn zwei
220 zuständig sind, fühlt sich am Ende oft niemand wirklich verantwortlich.

221 Das ist unser aktueller Bürokratieirrsinn – festgeschrieben auf
222 Verfassungsebene.

223 Wir setzen daher auf eine einfache und mutige Reform: Nur mehr eine schlanke
224 Bildungsbehörde im Bildungsministerium statt neun Bildungsdirektionen. Damit
225 schaffen wir ein System, das Standards vereinheitlicht, Kosten senkt und Schulen
226 endlich von überflüssiger Bürokratie befreit.

227 Eine zentrale Bildungsbehörde schafft echte Effizienz statt föderal aufgeblähter
228 Parallelstrukturen:

- 229 • Qualitätssicherung frei von Landesinteressen

230 Das Ziel ist Qualitätsstandarts von politischer Einflussnahme zu befreien. Eine
231 unabhängige Qualitätssicherung muss ohne Landesdruck, ohne regionale Sonderwege
232 und ohne „Prestigeschul“-Schonung arbeiten.

- 233 • Zentrale Genehmigung von Schulversuchen

234 Innovationen dürfen nicht an neun unterschiedlichen Behörden scheitern. Eine
235 bundesweite Koordination ermöglicht schnellere Entscheidungen, bessere
236 Vergleichbarkeit und das raschere Ausrollen erfolgreicher Modelle.

- 237 • Effiziente Ressourcenzuteilung

238 Lehrpersonal und Förderressourcen können österreichweit dorthin fließen, wo sie
239 gebraucht werden - nicht dorthin, wo die Landespolitik sie haben möchte. Das
240 schafft Flexibilität bei regionalen Angebots- und Nachfrageschwankungen udn über
241 Bundesländergrenzen hinweck.

- 242 • Kostenreduktion durch Abbau von Doppelstrukturen

243 Neun Direktoren, neun Verwaltungsapparate, neun IT-Systeme, neun
244 Rechtsabteilungen - all das verursacht enorme Bürokratiekosten. Eine einzige
245 Bundesbehörde ersetzt redundante Strukturen und schafft spürbare Einsparungen,
246 die direkt in Schulen investiert werden können.

- 247 • Die Länder entlasten statt überfordern

248 Die Länder beklagen sich seit Jahren, dass sie zu viele Aufgaben übernehmen
249 müssen und das mit ihren Budgets kaum noch stemmbar ist. Genau hier bietet sich
250 eine echte Chance: Wir hören auf die Sorgen der Länder – und nehmen ihnen diese
251 Aufgabe ab. Weniger Verantwortungslast für die Länder, weniger Bürokratie für
252 alle.

253 Gleichzeitig gilt: Weniger Bürokratie auf Landesebene muss mehr Autonomie für
254 die Schulen selbst bedeuten.

255 Wenn Verwaltung zentralisiert wird, darf die Schule nicht weiter entmündigt
256 werden - im Gegenteil. Wir wollen Verantwortung näher zur pädagogischen Ebene
257 holen:

- 258 • Schutzkonzepte zu Gewalt, Mobbing und Krisen sollen direkt an den Schulen
259 entwickelt und verantwortet werden.

- 260 ° Pädagogische Innovationen, Fortbildungsplanung und schulinterne
261 Entwicklungsprozesse sollen eigenverantwortlich gestaltet werden
262 können.
263 ° Schulen sollen in Personalfragen mehr Profilbildungskompetenz
264 erhalten.

265 Eine zentrale Behörde gibt Standards vor, aber die Schulen gestalten – das ist
266 moderner, liberaler Bildungsföderalismus.

267 **Wir JUNOS Tirol fordern daher:**

268 1. Die Abschaffung der neun Bildungsdirektionen und die Schaffung einer
269 einzigen, effizienten Bildungsbehörde im Bundesministerium für Bildung.

270 2. Eine österreichweit einheitliche Qualitätssicherung,
271 Schulversuchskoordination und Ressourcenzuteilung unter klaren, transparenten

272 Kriterien.

273 3. Den Abbau von redundanten föderalen Verwaltungsstrukturen zur Senkung der
274 Systemkosten und Stärkung der direkten Investitionen in die Schulen.

275 4. Den Ausbau der Schulautonomie in Bereichen der pädagogischen Entwicklung,
276 Prävention, Fortbildung und inneren Organisation.

277 So schaffen wir ein Bildungssystem, das nicht in neun Behörden stecken bleibt,
278 sondern endlich dort ankommt, wo es hingehört: bei den Schüler:innen, den
279 Lehrpersonen und den Schulen selbst.

280 **IV. Digital Only statt Digital First – eine**
281 **Verwaltung ohne Papierwege**

282 Österreich und Tirol sprechen seit Jahren von „Digital First“, doch in der
283 Realität existieren parallel digitale und analoge Verfahren, doppelte Prozesse,
284 Medienbrüche und unterschiedliche Bearbeitungswege. Solange Anträge, Meldungen,
285 Bescheide, Formulare und Genehmigungen auch analog eingereicht oder abgewickelt
286 werden können, bleibt die Verwaltung teuer, langsam, fehleranfällig und
287 personalintensiv. Ein echter Modernisierungsschub entsteht erst dann, wenn
288 digitale Prozesse nicht die Alternative, sondern der Standard sind.

289 Ein konsequentes „Digital Only“-System bedeutet: Sämtliche Anträge,
290 Förderansuchen, Verwaltungsleistungen, Genehmigungen, Meldepflichten,
291 Registrierungen sowie Kommunikations- und Nachweisprozesse erfolgen
292 ausschließlich über zentrale digitale Plattformen – ohne Papierformulare, ohne
293 handschriftliche Signaturen, ohne Amtswege. Das schafft klare Verfahrensabläufe,
294 reduziert Bearbeitungszeiten, verhindert Aktenverluste, ermöglicht Echtzeit-
295 Tracking, automatisierte Prüfroutinen und standardisierte Datenstrukturen.
296 Gleichzeitig steigert es Transparenz, Rückverfolgbarkeit und Gleichbehandlung,
297 da individuelle Ermessensspielräume durch nachvollziehbare, digitale
298 Prozesslogik ersetzt werden.

299 Für Bürger:innen und Betriebe bedeutet „Digital Only“: weniger Aufwand, weniger
300 Wege, weniger Frust. Für die Verwaltung bedeutet es: geringere Kosten, weniger
301 Ressourcenbindung, bessere Datenqualität. Für die Politik bedeutet es:
302 faktenbasierte Steuerung statt Intransparenz und Bauchgefühl. Tirol kann hier
303 Vorreiter werden – mit einem mutigen Schritt, der den digitalen Staat nicht
304 länger ankündigt, sondern realisiert.

305 Wir JUNOS Tirol wollen ein kraftvolles Zeichen gegen aufgeblähte Strukturen,
306 politischen Wildwuchs, Intransparenz und bürokratische Selbstzwecksysteme. Die
307 Zukunft Tirols braucht eine Verwaltung, die dient – nicht hemmt;
308 Förderstrukturen, die wirken – nicht verstecken; und ein Bildungssystem, das
309 Freiheit stärkt – nicht lähmt.

310 **Viva la libertad.**

ANTRAG

Antragsteller*in: *Tobias Reindl, Bernhard Huber, Julian Pfurtscheller*

Tagesordnungspunkt: *13.c Weitere Anträge*

A6: Für eine moderne und differenzierte Berufsschule in Tirol und Bundesweit Leistungsorientierung, Matura-Fokus und praxisnahe Lehrpläne

Antragstext

1 Der Landeskongress von Junos - Tirol möge beschließen:

2 Die Tiroler Berufsschulen sind ein unverzichtbarer Bestandteil unseres
3 Bildungssystems. Sie verbinden schulische Grundlagen mit praktischer Ausbildung
4 und bilden damit das Rückgrat der dualen Lehre, die seit Jahrzehnten ein
5 Erfolgsmodell darstellt. Doch wie jedes System, das sich über Jahre hinweg kaum
6 verändert hat, steht auch die Berufsschule heute vor neuen Herausforderungen.
7 Die Anforderungen an junge Menschen haben sich erhöht, die Arbeitswelt verlangt
8 mehr Flexibilität, mehr Eigenverantwortung, mehr digitale und wirtschaftliche
9 Kompetenzen. Gleichzeitig unterscheiden sich die Bildungswege innerhalb der
10 Lehre stärker denn je. Während einige Lehrlinge ausschließlich auf die
11 berufliche Praxis fokussieren, nutzen andere die Möglichkeit der Lehre mit
12 Matura, um ihre Chancen auf weiterführende Ausbildungen oder spätere
13 Studiengänge zu verbessern.

14 Doch das gegenwärtige Tiroler Berufsschulsystem setzt trotz dieser
15 unterschiedlichen Zielsetzungen weiterhin auf Einheitsunterricht. Alle Lehrlinge
16 besuchen dieselben Klassen, hören dieselben Inhalte, werden im selben Tempo
17 geprüft – unabhängig davon, ob sie eine Matura anstreben oder nicht. Dieses
18 starre System benachteiligt beide Seiten: Jene, die sich voll auf ihren Beruf
19 konzentrieren möchten, werden durch unnötige theoretische Inhalte überfordert
20 oder fehlgeleitet; jene, die die Lehre bewusst mit der Matura verbinden, werden
21 nicht im erforderlichen Umfang gefordert und können ihr Potenzial nicht
22 ausschöpfen. Damit wird wertvolle Zeit verschenkt und Bildungschancen werden
23 verschlechtert.

24 Für uns **Junos** ist klar: Ein modernes Bildungssystem muss die Vielfalt junger
25 Menschen anerkennen, nicht ignorieren. Die Berufsschule darf nicht länger ein
26 Ort sein, an dem alle in ein einheitliches Raster gedrückt werden. Sie muss ein
27 Umfeld schaffen, in dem individuelle Stärken gefördert, Bildungsziele
28 berücksichtigt und Leistungsbereitschaft belohnt werden.

29 Eine Zweigteilung des Unterrichts in zentralen Fächern wie Englisch, Deutsch &
30 Kommunikation, Mathematik und Angewandte Wirtschaftslehre ist daher ein
31 logischer und notwendiger Schritt. Wer auf seine berufliche Praxis fokussiert,
32 soll genau jene Inhalte lernen, die er oder sie später auch tatsächlich braucht
– praxisorientiert, verständlich und unmittelbar anwendbar. Wer hingegen die
33 Lehre mit Matura verfolgt, benötigt eine stärkere theoretische Fundierung, einen
34 deutlich gehobenen Anspruch und Unterricht, der auf den Maturaabschluss
35 vorbereitet. Ein solches Modell ist nicht nur effizient, sondern auch gerecht:
36 Jede*r Lehrling erhält genau die Ausbildung, die zu seinem oder ihrem Weg passt.

38 Darüber hinaus ist es dringend notwendig, die wirtschaftlichen Inhalte des
39 Berufsschulunterrichts zu modernisieren. Fächer wie Angewandte Wirtschaftslehre
40 müssen junge Menschen auf eine Welt vorbereiten, in der finanzielle
41 Selbstständigkeit, unternehmerisches Denken und ökonomische Zusammenhänge
42 entscheidend sind. Heute verlassen viele Lehrlinge die Berufsschule, ohne jemals
43 systematisch mit Themen wie Zinsenberechnung, Rechnungswesen, Konto- und
44 Vertragskunde oder grundlegendem Budgetmanagement konfrontiert worden zu sein.
45 Das ist nicht nur unzeitgemäß – es ist ein struktureller Nachteil. Ein solides
46 wirtschaftliches Grundverständnis ist keine **Luxusaustattung**, sondern eine
47 notwendige Kompetenz für ein selbstbestimmtes Leben.

48 Gleichzeitig müssen Lehrpläne entschlackt werden. Inhalte wie „Interkulturelle
49 Kommunikation“, die in vielen Berufsschulklassen ohne erkennbaren Nutzen oder
50 überhaupt einen Lehrplan vermittelt werden, tragen wenig zum beruflichen Alltag
51 oder zur persönlichen Entwicklung bei. Statt theoretischem Füllstoff braucht es
52 Klarheit, Fokus und Relevanz. Lehrpersonen müssen wieder die Freiheit haben,
53 Wesentliches zu vermitteln, statt Zeit in Inhalte zu investieren, die keinen
54 Mehrwert bieten.

55 Auch die Lehrabschlussprüfung (LAP) braucht einen grundlegenden Neustart. Eine
56 Prüfung, die nur ein Mindestniveau abfragt, ist keine echte
57 Qualifikationsprüfung. Sie muss den tatsächlichen beruflichen Alltag
58 widerspiegeln: Problemlösung, Anwendung, Kompetenz. Die LAP muss ein Gütesiegel
59 werden – kein Pflichttermin, der bloß abgehakt wird.

60 Schließlich braucht die Tiroler Lehre ein neues Selbstbewusstsein. Viele
61 Jugendliche entscheiden sich heute gegen eine Lehre, weil sie glauben, dieser

62 Bildungsweg sei weniger wert als eine schulische Ausbildung. Das Gegenteil ist
63 der Fall. Die duale Ausbildung ist modern, zukunftsorientiert und ein starker
64 Motor des Tiroler Wirtschaftsstandorts. Wir brauchen eine bundesweite
65 Kommunikationsoffensive, die jungen Menschen zeigt: Die Lehre ist kein
66 Kompromiss, sie ist eine Chance. Eine Chance auf Eigenständigkeit, beruflichen
67 Erfolg und eine hochwertige Ausbildung, die Türen öffnet.

68 Ein Berufsschulsystem, das differenziert, fordert und fördert – das ist der Weg
69 in eine Zukunft, in der alle jungen Menschen in Tirol die Ausbildung bekommen,
70 die sie verdienen. Ein System, das nicht Gleichmacherei betreibt, sondern
71 Leistung, Individualität und Eigenverantwortung in den Mittelpunkt stellt.

72 Wir Tirol stehen für dieses Verständnis von Bildung. Für ein Berufsschulsystem,
73 dass die Realität anerkennt und mutig reformiert. Für junge Menschen, die mehr
74 können, wenn man ihnen die richtigen Rahmenbedingungen gibt. Und für ein Tirol,
75 das seine duale Ausbildung nicht nur verwaltet, sondern aktiv weiterentwickelt.

76 **Wir Junos fordern daher:**

- 77 • **Junos** Tirol fordert eine **Modernisierung und Zweiteilung** des
78 Berufsschulunterrichts in Tirol, um unterschiedliche Bildungsziele (Lehre
79 / Lehre mit Matura) abzubilden.
- 80 • Der Lehrplan in Englisch, Deutsch & Kommunikation, und **Angewandte**
81 **Wirtschaftslehre** soll **differenziert** gestaltet werden und um Mathematik für
82 Maturaklassen erweitert werden.
- 83 • Das Fach AWL soll um praxisnahe Inhalte wie **Finanzbildung,**
84 **Zinsenberechnung, Rechnungswesen und unternehmerisches Denken** erweitert
85 werden.
- 86 • Lehrinhalte ohne klaren Praxisbezug oder Mehrwert sollen **evaluiert und**
87 **gegebenenfalls gestrichen** werden.
- 88 • Die Lehrabschlussprüfung soll ein **höheres Kompetenzniveau** prüfen.
- 89 • **Junos** Tirol spricht sich für eine **bundesweite Imagekampagne** aus, die den
90 dualen Bildungsweg als gleichwertige, moderne Alternative zur schulischen
91 Ausbildung sichtbar macht.

92 **Wer junge Talente ernst nimmt und ihnen etwas zutraut, schafft nicht nur**

Chancen, sondern gestaltet die Zukunft mutiger und freier.